



# Danke an alle Spender, danke an alle Helfer

### Ermutigende Zeichen der Hilfsbereitschaft und der Solidarität mit den Flüchtlingen

In den letzten Wochen haben Tausende Thüringerinnen und Thüringer eine überwältigende und unglaubliche Hilfsbereitschaft gezeigt. Dafür gilt es, „Danke!“ zu sagen. Für die vor Bürgerkrieg, Verfolgung und bitterster Not geflohenen Menschen, die in unseren Freistaat kamen, wurden Kleidung, Essen, Decken, Windeln, Spielzeug und vieles mehr gespendet, was für die erste Versorgung der Menschen, darunter auch viele Kinder, lebensnotwendig ist.

Die große Menge der Hilfsgüter war für die Spendenannahmestellen oft kaum noch zu bewältigen – doch mit der Hilfe zahlreicher Ehrenamtlicher und von Mitarbeitern von Hilfsorganisationen, Gewerkschaften, Parteien, Flüchtlingsorganisationen, Vereinen und vielen weiteren konnten die Spenden sortiert und in die Unterkünfte der Geflüchteten gebracht werden.

Umzugsunternehmen spendeten Kartons und fuhren kostenfrei die Ladungen, Feuerwehr und THW übernahmen Transporte, das Deutsche Rote Kreuz war Ansprechpartner und Helfer in fast allen Situationen, Mitarbeiter von Landtagsverwaltung, Fraktionen und Sicherheitsdienst sowie zahlreiche Freiwillige nahmen zum Beispiel in den Räumen des Parlaments Spenden entgegen, sortierten diese und schleppten Kisten, Sportvereine öffnen ihre Angebote für Geflüchtete, Beamtinnen und Beamte bewältigten in der Erfurter

Messehalle und an vielen anderen Orten gut, zuverlässig und schnell die zusätzlich anfallenden Verwaltungsaufgaben. Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Partei DIE LINKE und Fraktionsvorsitzende sagte: „Es ist unmöglich, alle Menschen zu nennen, die halfen und helfen. Danke an alle Spender, danke an alle Helfer – ob ehrenamtlich oder als Mitarbeiter von Hilfsorganisationen oder Behörden. Thüringen zeigt, dass Menschen in bitterer Not auf die Hilfe der Gesellschaft zählen können.“

Ein ermutigendes Zeichen der Menschlichkeit und der Solidarität! Sabine Berninger, Sprecherin für Flüchtlings- und Integrationspolitik, Sprecherin für Justizpolitik, ergänzte: „Sachspenden und Hilfe werden weiterhin benötigt. Wir müssen weiterhin gemeinsam dafür Sorgen, dass die Menschen gut in Thüringen aufgenommen und in unsere Gesellschaft integriert werden. Die überwältigende Hilfe der letzten Wochen war ein Beweis, dass das gut gelingen kann.“



Susanne Hennig-Wellsow und Sabine Berninger übergaben am 17. September eine Spielzeugspende der Linksfraktion für Flüchtlingskinder in der Erfurter Messehalle an die Vizepräsidentin der DRK Erfurt, Hella Saalfeld. Foto: P. Lahn

## AKTUELL

### „Maulkorberlass“ verweist auf gültige Rechtslage

Bezug nehmend auf ein Rundschreiben des Landesverwaltungsamtes an alle Bürgermeister und Landräte, begrüßte der kommunalpolitische Sprecher der Linksfraktion, Frank Kuschel, die parlamentarische Befassung dazu und forderte eine Versachlichung der öffentlichen Diskussion.

In dem als „Maulkorberlass“ kritisiertem Schreiben wird darauf hingewiesen, dass bei Äußerungen von Bürgermeistern und Landräten für die Bürger immer klar erkennbar sein müsse, ob eine öffentliche Äußerung als Amtsperson oder als Privatperson erfolge. Verstöße gegen eine unparteiische Amtsführung könnten disziplinarische Folgen haben. Frank Kuschel wies auf Fälle hin, wo beispielsweise Landräte oder Vorsitzende von Verwaltungsgemeinschaften Amtsblätter missbrauch-

ten, um persönliche politische Auffassungen zu verbreiten. Dies verdeutliche, warum die im Rundschreiben enthaltenen Hinweise auf die gültige Rechtslage erforderlich waren.

Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit waren auch Gegenstand von parlamentarischen Anfragen. So habe bereits die alte Landesregierung im Zusammenhang mit einer im örtlichen Amtsblatt vorgenommenen Stellungnahme des Vorsitzenden der Verwaltungsgemeinschaft Großbreitenbach, Andreas Beyersdorf, gegen die Ziele des Bürgerentscheides zur Rekommunalisierung der Abfallwirtschaft im Ilmkreis dargestellt, dass bei Äußerungen in amtlicher Funktion das sogenannte Sachlichkeitsgebot zu beachten ist und dass das generell für alle amtlichen Äußerungen staatlicher und kommunaler

Stellen gelte. Die nachgefragten Äußerungen waren mit diesen dargestellten Grundsätzen nicht vereinbar.

Missbrauch in großem Umfang betriebe insbesondere der Landrat des Weimarer Landes, Hans-Helmut Münchberg, der regelmäßig das Amtsblatt des Landkreises benutze, um seine politischen Sichtweisen zu verbreiten. Persönliche politische Auffassungen soll und muss ein Landrat öffentlich vertreten, aber das dürfe nicht mittels Amtsblättern geschehen, welche vollständig mit Geldern der öffentlichen Hand finanziert werden. „Die Diskussion im Landtag werde zur Versachlichung beitragen und klar machen, dass es sich nicht um einen ‘Maulkorberlass’ handelt, sondern lediglich um Hinweise auf die gültige Rechtslage“, betonte Kuschel abschließend.

## KOMMENTIERT:

von Katharina König

### Datenschutz

Beim Thema „Freiheit statt Angst – Bürgerrechte und Datenschutz in Thüringen stärken“ (Aktuelle Stunde auf Antrag der Grünen in der letzten Landtagssitzung) gibt es Dinge, auf die wir relativ wenig Einfluss haben. Aber wo wir Einfluss haben, ist zum Beispiel bei der Beförderung sicherer End-to-End-Kommunikation, also Bewerbung von entsprechenden verschlüsselten E-Mails, und das machen wir ja auch als Landtag schon. Da gab es schon einen Beschluss aus der letzten Legislatur, der jetzt mit der Koalition umgesetzt werden wird.

Es ist notwendig, sich selbst direkt zu informieren, sich an die kompetenten Vereine und Initiativen in den jeweiligen Städten zu wenden. Da wären zum einen der Hackspace in Jena oder auch der Waidpeicher hier in Erfurt. Fast alle Freifunkinitiativen bieten bei Interesse entsprechende Workshops an bzw. erklären, wie kann ich denn meinen Rechner verschlüsseln, was sollte ich für Einstellungen bei Facebook machen, wenn ich schon Facebook benutze, um eben zu verhindern, dass auf meine Daten zugegriffen werden kann, was kann ich nutzen, um eben nicht über WhatsApp zu kommunizieren und damit automatisiert mein komplettes Adressbuch hochzuladen, was gibt es da für Alternativen.

Es ist mit das Entscheidende, die Eigeninitiative da verstärkt in den Vordergrund zu stellen. Ansonsten machen wir uns nichts vor: Es benötigt eigentlich eine starke europäische Datenschutzregelung, ein starkes europäisches Datenschutzgesetz. Da kann hier unser Datenschutzbeauftragter in Thüringen zwar sehr weit mit in Vorleistung gehen, da können wir zeigen, wie wir uns das vorstellen, wie zukünftig Daten geschützt werden vor Zugriffen, von wem auch immer, aber letztlich ist es weder allein eine regionale Angelegenheit noch nur eine bundesweite Angelegenheit, sondern mittlerweile müssen wir da auch an die Europäische Union herantreten. Und da ist das eine, was hier aus Thüringen für Signale kommen, das andere sind die Signale aus den anderen Bundesländern, die leider noch nicht rot-rot-grün regiert werden, aber da sind wir dran. Ich denke, dass wir das auch schaffen werden.

(Aus der Rede der netzpolitischen Sprecherin der Linksfraktion am 9. September im Landtag)